

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:

Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Geschäftsstelle der BfL Fraktion

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Geschäftsstelle der FDP Fraktion

Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE

Geschäftsstelle der Fraktion DIE PARTEI-PIRATEN

Geschäftsstelle der Freien Wähler

Geschäftsstelle der SPD Fraktion

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: Telefon: 122-1040)

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.01.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, weitere Schritte zur Umsetzung des Integrationskonzeptes der Hansestadt Lübeck zu entwickeln und der Bürgerschaft vorzulegen, und dabei insbesondere Maßnahmen vorzuschlagen, um

1. den Anteil von Bewerbungen und Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf Ausbildungs- bzw. Arbeitsstellen in der Verwaltung und den Betrieben der Hansestadt Lübeck signifikant und dauerhaft zu erhöhen. Ziel ist, dass die Ausbildungs- und Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund abbildet;
2. eine Sensibilisierung und Qualifizierung der Beschäftigten durch Weiterbildungen mit dem Schwerpunkt „interkulturelle Kompetenz“ zu gewährleisten. Gleiches soll für Auszubildende gelten. Insbesondere Beschäftigte im Personalwesen und Führungskräfte sollen in Schulungen interkulturelle Sensibilität entwickeln.
3. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz verstärkt in Stellenausschreibungen der öffentlichen Verwaltung zu nennen und als positive Einstellungskriterien zu werten. Hierfür sind geeignete Verfahren zu entwickeln, die das diskriminierungsfreie Auswahlverfahren dokumentieren.

Begründung:

Gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung müssen im Bereich der Hansestadt Lübeck sichergestellt werden, um die Potentiale zu heben, die Menschen mit Migrationshintergrund in die Verwaltungen einbringen können.

Die Hansestadt Lübeck muss diese Chance nutzen und als Vorbild für Freie Träger und Institutionen fungieren. Die derzeitigen Zahlen der Beschäftigten in der Verwaltung und den Betrieben der Hansestadt Lübeck spiegeln die gesellschaftliche Realität bislang ungenügend wider.

Durch gezielte Informationskampagnen und vermehrte Anwerbung sollen Menschen mit Migrationshintergrund ermutigt werden, sich für eine Ausbildung oder Arbeit in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck und ihren Betrieben zu entscheiden. Neben diesen gezielten Maßnahmen muss insbesondere eine interkulturelle Sensibilisierung und Qualifizierung der Beschäftigten durch regelmäßige Schulungen erfolgen, um ein Bewusstsein für Vielfalt zu schaffen und Diskriminierung abzustellen bzw. zu vermeiden.

Begründung:

Anlagen :